

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Kauf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Staat 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schaele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Die deutsche Note an Polen.

Vorläufige Aussetzung der Verhandlungen.

Zunächst Regelung der Ausweisungsfrage gefordert.
Ein letzter Versuch zur Einigung.

U. Berlin, 14. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, hat dem polnischen Bevollmächtigten, Herrn v. Pradzynski, am Samstag folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Wie Ihnen bekannt ist, hat die deutsche Regierung in den letzten Wochen bei der polnischen Regierung wegen der Ausweisung von vier leitenden Beamten der Oberschlesischen Kleinbahn Elektrizitätswerke AG. Vorstellungen erhoben. Für die deutsche Regierung handelt es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um die Wahrung der persönlichen Interessen der betroffenen Reichsangehörigen. Maßgebend war vor allem der Umstand, daß die polnischen Behörden insbesondere in Polnisch-Oberschlesien in den letzten Monaten systematisch die Polstitel verfolgten, Reichsangehörige, die in wirtschaftlichen Unternehmungen tätig sind, durch behördlichen Druck auf die Unternehmungen oder durch Nichtbewilligung der Aufenthaltserweiterung zu verdrängen. Der jetzt vorliegende Fall ist nur ein Glied in einer langen Reihe von Fällen ähnlicher Art. Die deutsche Regierung hat deshalb ihre Gesandtschaft in Warschau bereits am 2. Januar ds. J. beauftragt, der polnischen Regierung mitzuteilen, daß dieses Vorgehen der polnischen Behörden auf die Handelsvertragsverhandlungen nicht ohne Rückwirkung sein könne, da die Regelung der Niederlassung deutscher Staatsangehöriger in Polen und polnischer Staatsangehöriger in Deutschland einen wichtigen Teil dieser Verhandlungen bildet.“

Die polnische Regierung hat trotz der deutschen Vorstellungen die erwähnten Reichsangehörigen zum Verlassen des polnischen Staatsgebietes gezwungen. Sie hat damit aufs neue zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt ist, auf die deutschen Vorschläge in der Frage des Aufenthalts und der Niederlassung einzugehen, daß sie vielmehr im Widerspruch zu diesen Vorschlägen und trotz der seit langen Monaten im Gange befindlichen Erörterungen über diese Fragen in weitestem Maße vollendete Tatsachen zu schaffen sucht.

Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß bei dieser Sachlage die Verhandlungen in der bisherigen Weise nicht mit Aussicht auf Erfolg fortgeführt werden können.

Ich beehre mich daher, Herr Bevollmächtigter, Ihnen mitzuteilen, daß nach Auffassung der deutschen Regierung eine vorläufige Aussetzung der in Berlin geführten Verhandlungen geboten ist. In der Zwischenzeit würde zunächst der Versuch zu machen sein, diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der in Rede stehenden Art ergeben. Ich möchte dabei darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung es schon bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen nach Weihnachten für zweckmäßig gehalten hat, über die Frage der Ausweisungen direkte Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Anregung zu bringen. Die deutsche Gesandtschaft in Warschau hat einen entsprechenden Antrag bei der polnischen Regierung bereits gestellt.

Ich hoffe, daß diese Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden und zu einem Ergebnis führen, durch das der Wie-

derholung ähnlicher Vorfälle vorgebeugt und — was die deutsche Regierung sehr begrüßen würde — die baldige Wiederaufnahme der Gesamtverhandlungen ermöglicht wird.“

Hierzu wird über den bisherigen Verlauf und den augenblicklichen Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen von zuständiger Stelle noch folgendes mitgeteilt:

Belanntlich sind die Handelsvertragsverhandlungen seit fast zwei Jahren im Gange. Wenn in der deutschen Öffentlichkeit in letzter Zeit mehrfach die Ansicht ausgesprochen ist, die Verhandlungen näherten sich bereits dem Abschluß oder hätten — wie es von polnischer Seite dargestellt wurde — nennenswerte Fortschritte gemacht, so ist dies leider unzutreffend. In der Kommission für die Rechte der physischen und juristischen Personen stand die polnische Delegation nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das vertragsmäßige Niederlassungsrecht aufs äußerste beschränkt werden müßte. Auch nachdem die deutsche Delegation erklärt hatte, sie sei bereit, ein vertragsmäßiges Niederlassungsrecht nur für wirtschaftlich tätige Personen in Anspruch zu nehmen, hat Polen das Niederlassungsrecht für die gesamte Landwirtschaft, für alle Angestellten und für fast alle freien Berufe ausdrücklich abgelehnt, so daß dieses Recht praktisch nur den für die Eintragung in das Handelsregister in Betracht kommenden Kaufleuten und Gewerbetreibenden zugute kommen würde. Auch waren von der polnischen Delegation Zusagen irgendwelcher Art, die eine sichere Gewähr für eine einwandfreie Handhabung der polnischen Einreisebestimmungen wenigstens bei Einreisen zu vorübergehendem Aufenthalt boten, nicht zu erlangen, obwohl die deutsche Delegation auch in dieser Beziehung ihre anfänglichen Forderungen weitgehend ermäßigt hat. Die polnische Delegation war vielmehr in jeder Weise bestrebt, für Polen völlige Freiheit in der Handhabung der inneren Verwaltungsbestimmungen vorzubehalten.

Ebenso wenig wie in der Niederlassungskommission ist es auch in der Kommission für die zolltariflichen Fragen bisher gelungen, eine wesentliche Annäherung zu erzielen. Die deutsche Delegation hat sich — um einen der wichtigsten Streitpunkte zu nennen — trotz schwerer Bedenken der Landwirtschaft bereit erklärt, für Deutsch-Oberschlesien ein bestimmtes Kontingent geschlachteter Schweine und für eine Anzahl deutscher Fleischfabriken Schweinefleisch in unbegrenzter Menge zuzulassen. Die polnische Delegation hat sich darauf beschränkt, dieses Zugeständnis einfach als ungenügend zu bezeichnen. Gegenpositionen sind von polnischer Seite nicht erfolgt. Auch in der Frage der Zolltarifkonzessionen bestehen noch jetzt sehr starke Gegenätze. Für einen Abschluß des Vertrages in absehbarer Zeit besteht daher keinerlei Aussicht, so dringend er im Interesse beider Länder auch zu wünschen wäre.

Die jetzt eintretende Pause wird hoffentlich nicht nur zu einer schnellen Regelung der Ausweisungsfrage führen, sondern der polnischen Regierung auch Gelegenheit geben, die übrigen strittigen Punkte erneut in Erwägung zu ziehen.

Polens Bevollmächtigter kommt nach Berlin.

U. Berlin, 14. Febr. Der Vorsitzende der polnischen Handelsvertragsdelegation, Dr. Pradzynski, hat, wie die Morgenblätter aus Warschau melden, den Auftrag erhalten, sich unverzüglich nach Berlin zu begeben, um das Schreiben des deutschen Bevollmächtigten Lewald zu beantworten. Ferner soll er die Büros der polnischen Delegation in Berlin angeht, der Unterbrechung der Verhandlungen auflösen, falls eine Einigung mit der deutschen Regierung nicht erzielt wird.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufser, ist, wie weiter gemeldet wird, im polnischen Außenministerium vorstellig geworden und hat die von der polnischen Presse verbreiteten Gerüchte, die Reichsregierung treibe zum Abbruch der Verhandlungen, entschieden in Abrede gestellt.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich.

Um das neue Zollabkommen.

U. Paris, 14. Febr. Das deutsch-französische Handelsprovisorium, dessen halbjährige Gültigkeit am 21. Februar abläuft, wird, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, verlängert werden. Das Handelsprovisorium war seinerzeit unter dem ausdrücklichen Vorbehalt geschlossen worden, daß die halbjährige Zwischenzeit zunächst dazu benutzt werden sollte, einen endgültigen Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich zum Abschluß zu bringen. Die französische Regierung hat die von ihr übernommene Verpflichtung nicht einhalten können und den neuen Zolltarif, der als Unterlage für den Handelsvertrag dienen sollte, nicht rechtzeitig vorlegen können. Sie erklärt, durch die Unsicherheit der französischen Währung an der Ausarbeitung des Zolltarifs behindert gewesen zu sein. Von deutscher Seite besteht die Absicht, im Gegensatz zu den ursprünglich geäußerten Anschauungen dieser Sachlage durch eine kurze Verlängerung des Provisoriums Rechnung zu tragen, da mit Gewißheit damit gerechnet werden kann, daß bereits innerhalb dieser Woche der Zolltarif der französischen Kammer vorgelegt werde und somit

dieser Entwurf auch für die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen als Unterlage dienen könne. Nach Rückkehr des deutschen Botschafters von Hösch aus Berlin sind die Verhandlungen zwischen den maßgebenden Stellen bereits aufgenommen worden. Am Donnerstagabend hat Herr von Hösch eine ausführliche Aussprache mit dem Handelsminister Bolanowski gehabt, an der auch der Direktor der Wirtschaftsabteilung am Quai d'Orsay, Seruys, teilnahm.

Die Samstag-Besprechung des deutschen Botschafters v. Hösch mit dem französischen Handelsminister Bolanowski über die deutsch-französische Handelsvertragsverhandlungen findet hier große Beachtung. Die Radioagentur erklärt, daß die technischen Abteilungen der Ministerien den neuen Zolltarif fertiggestellt hätten. Seine Einbringung in der Kammer sei nur aus materiellen und drucktechnischen Gründen noch nicht möglich gewesen. In etwa 10 Tagen werde aber das Parlament offiziell mit dem Projekt befaßt werden. Es sei möglich, daß das Parlament einige Abänderungen vornehme, die aber den Zolltarif kaum wesentlich verändern. Schon jetzt könnten ihn die Unterhändler als eine feste Grundlage für die Ausarbeitung des deutsch-französische Handelsvertrages betrachten.

Tages-Spiegel.

Die deutsche Note wegen der Ausweisungsfrage ist dem polnischen Bevollmächtigten am Samstag zugestellt worden.

Der polnische Bevollmächtigte hat den Auftrag erhalten, sich zur Beantwortung der Note nach Berlin zu begeben.

Der deutsche Botschafter von Hösch hat die Verhandlungen über das neue Zollabkommen mit dem französischen Wirtschaftsminister aufgenommen.

Von der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen ist ein neuer Entwurf zur Abänderung des Aufwertungs-gesetzes den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen.

Der Reichsparteiausschuß des Zentrums billigte einstimmig die Haltung der Reichstagsfraktion.

In Paris und Rom wird Coolidges Abrüstungsbotschaft zurzeit eingehend geprüft.

Die Prüfung der Coolidge-Botschaft.

Eine Erklärung des Weissen Hauses.

U. Berlin, 14. Febr. Die Morgenblätter melden aus Washington: Wie an maßgebender Stelle im Weissen Hause erklärt wird, ist Präsident Coolidge durchaus davon überzeugt, daß sein Vorschlag einer weiteren Ausdehnung der Leihfähe des Washingtoner Flottenabrüstungsvertrages auf Grund der Beratungen einer nach Genf einzuberufenden Konferenz von den Mächten wohlwollender Prüfung unterzogen werden wird. Obwohl in der Umgebung des Präsidenten zugegeben wird, daß bei der vorbereitenden Abrüstungskonferenz die Frage, welches der drei Teilprobleme der Abrüstung zuerst in Angriff genommen werden soll, sich als Stein des Anstoßes erwies, so glaubt doch der Präsident, daß dies keine Einwendung gegen seine Vorschläge darstellen könne, sondern daß vielmehr seine Vorschläge, die für eine Weiterführung der Einschränkung der Rüstungen zur See eintreten, geeignet sind, einen Ausweg aus dem Dilemma zu bieten.

Frankreichs Antwort.

U. Paris, 14. Febr. Außenminister Briand wurde vom Ministerrat am Samstag beauftragt, bis zum Dienstag eine Antwort auf den amerikanischen Abrüstungsvorschlag auszuarbeiten. Aus dieser kurzen Fristlegung schließt man, daß über die Richtlinien der Antwortnote vollkommene Einmütigkeit herrscht. Man nimmt an, daß Briand darauf verweisen wird, daß Frankreich im Jahre 1921 nur an der Washingtoner Konferenz teilgenommen und im Jahre 1922 das Washingtoner Abkommen unterzeichnet hat, weil damals der Völkerbund sich noch nicht mit der Abrüstungsfrage befaßt habe. Heute habe der Völkerbund aber besondere Kommissionen ernannt, die seit zwei Jahren das Entwaffnungsproblem in seiner Gesamtheit prüften. Ein Problem, wie das der Entwaffnung, könne nicht von fünf Großmächten gelöst werden, sondern müsse den gerechtfertigten Forderungen der anderen Nationen Rechnung tragen, die im Völkerbund gleiche Rechte hätten.

Aus Rom wird gemeldet: Der neue Abrüstungsvorschlag der amerikanischen Regierung findet in der italienischen Presse eine sehr schlechte Aufnahme. Zurzeit unterliegt der Vorschlag einer technischen Prüfung durch den neuen Generalstabschef, den Leiter des Marineministeriums sowie die Genfer militärischen Delegierten.

Neue Intervention der Bereinigten Staaten in Nicaragua.

U. Newyork, 14. Febr. Washingtoner Meldungen zufolge rechnet man mit einer baldigen neuen Intervention der Vereinigten Staaten in Nicaragua. Man will beide Präsidenten, sowohl Diaz wie Sacasa, zum Rücktritt veranlassen und Neuwahlen ausschreiben lassen. Es ist anzunehmen, daß Sacasa nur der Waffengewalt weicht. Marineminister Wilbur erklärte in einer Rede in Newyork: Amerika steht jetzt nach dem Bürgerkrieg und nach dem Weltkrieg einer dritten Prüfung gegenüber, womit er zweifellos die Ereignisse in Mittelamerika meint. Der Bolschewismus, so führt er weiter aus, strecke seine Finger nach den südamerikanischen Schwefelrepubliken aus, er schaffe Unruhe in China, in Ostafrika und in Nicaragua. Er wünsche daher nichts sehnlicher als die Aufrechterhaltung einer starken amerikanischen Flotte und Arme, damit Amerika, wenn nötig, den Schwächeren helfen (1) und mit seinen Streitkräften eingreifen könne. Aus diesem Grunde hätten die Vereinigten Staaten auch in Nicaragua Truppen gelandet. Wilbur gab dann seinem Bodarmen über den chinesischen Bürgerkrieg Ausdruck, der hoffentlich für China größere Freiheit, Gerechtigkeit und größeren Wohlstand bringen werde.

berische...
at. Aus-
arten
n.
geachtet.
erten er-
senstein
guterhalten.
rofen
scherb
r. Alsburg.
gen
Rißfelle
ich die
gespreißel
luffer
ben gesucht.
bner
straße 49
n 3706
heim.

Umschau.

Eins der wichtigsten Probleme der neuen Reichsregierung, das tunlichst schnell einer Lösung zugeführt werden muß, ist die Regelung der Kriegs- und Verdrängungsschäden. Durch den unlängst gefällten Schiedsspruch des Haager Gerichtshofes ist dies Problem so weit im negativen Sinne geklärt worden, als nunmehr feststeht, daß die Zahlungen an die Liquidationsgeschädigten nicht aus den Dawes-Annullitäten beglichen werden können. Die Hoffnung, durch Einrechnung dieser Schäden in die Dawes-Zahlungen den deutschen Finanzen Luft zu verschaffen und trotzdem die Verpflichtungen gegenüber den Auslands- und Grenzlandsdeutschen ehrenhaft zu erfüllen, hat sich als trügerisch erwiesen und man wird nun auf Mittel und Wege sinnen müssen, wie die Geschädigten zu ihrem Rechte kommen können, ohne daß dabei für die Finanzen des Staates eine untragbare Belastung eintritt. Will man die Bedeutung dieser Frage erkennen, so muß man sich vor Augen führen, daß etwa anderthalb Millionen Deutscher an der Entschädigungsfrage persönlich interessiert sind und daß sich, wenn man die durch Verdrängung oder Vermögensberaubung von Familienangehörigen und nächsten Anverwandten Betroffenen hinzurechnet, eine Zahl von rund 3 Millionen ergibt. Die zahlenmäßigen Angaben über die abgeleiteten und noch abzugleitenden Schäden gehen ziemlich weit auseinander. Amtlich wird der vom Reichsent-schädigungsamt für Kriegsschäden festgestellte Friedenswert der Schäden folgendermaßen beziffert: Liquidationsschäden rund 7,7 Milliarden, davon entfallen 1,2 Milliarden auf Wertpapier-schäden, auf Gewaltschäden 2,8 Milliarden. Nach den amtlichen An-gaben wurden bis zum 31. Dezember 1926 im Entschädigungs-verfahren etwa 900 Millionen Goldmark bewilligt, wobei die Papiermarkumwendungen in Goldmark umgerechnet sind. Es wird hinzugefügt, daß auf Grund der zur Zeit geltenden Ent-schädigungsbestimmungen das Reichsent-schädigungsamt für Kriegsschäden vom 1. Januar 1927 ab voraussichtlich noch weite-re 130 Millionen ausshütten wird, sodas binnen kurzem auf den errechneten Gesamtschaden von 10,5 Milliarden etwas über eine Milliarde ausgeschüttet sein würde. Diese Darstellung wird aber von den Organisationen der Geschädigten als un-richtig bezeichnet. Sie betonen, daß die deutsche Regierung nur schwache Versuche gemacht habe, um ihrer Entschädigungspflicht zu genügen, und daß dabei einmal die Inflation und zum an-deren der Einspruch der Alliierten die Regierung behindert habe. Tatsächlich haben sich die Alliierten bei der Sachverständigen-konferenz in Brüssel am 11. Januar 1921 und in einer Note Poincares vom 26. Juni 1922 der von Deutschland in Angriff genommenen Entschädigungsaktion widersetzt mit der Begrün-dung, daß zuerst einmal die alliierten Staatsangehörigen ent-schädigt werden müßten, bevor man an die Entschädigung der Deutschen herangehe. Nach der Angabe der „Arbeitsgemein-schaft der Interessenvertretungen für den Erlass von Kriegs- und Verdrängungsschäden“ müßten die Liquidationsschäden mit 9,233 Milliarden Mark angelegt werden. Daß ein derartiger Betrag nicht aufzubringen ist, darüber ist man sich auch im Kreise der Geschädigten klar. Man betont denn auch, daß man bereit ist, von dem Geschädigtenanspruch zunächst rund 1,5 Milliar-den Erwerbschäden fallen zu lassen. Damit käme man we-der auf die amtlich errechnete Zahl 7,7 Milliarden für Liqui-dationsschäden, von denen rund 1,6 Milliarden in Fortfall kom-men sollen, und zwar ist das der Betrag der Großfirmen, die durch eine frühzeitige Abfindung einigermaßen günstig gestellt wurden. Verbleiben würden mithin noch immer 6,1 Milliarden. Selbstverständlich kann auch die er Betrag nicht vom Reiche etwa sofort aufgebracht werden, und die Geschädigten selbst ver-weisen dabei auf das Beispiel Oesterreichs, das durch Schafung eines Entschädigungspapieres, einer Schuldverschreibung mit fester Tilgungsquote und Verzinsung, die Entschädigung auf ein Men'schenalter verteilte hat. Ob dieser Weg auch für Deutschland gangbar ist, wird gründlich geprüft werden müssen. Es gilt eine Kompromißlösung zu finden, die den Geschädigten gibt, was ihnen zukommt, aber doch die Lage der Staatsfinan-zen dabei nicht aus dem Auge verliert.

In Paris sind französisch-spanische Verhandlungen über eine Frage eröffnet worden, die in den letzten Jahren in den Be-ziehungen zwischen Frankreich, Spanien und in allerletzter Zeit auch Italien eine gewichtige Rolle gespielt hat. Es handelt sich um das Problem des internationalen Regimes in Tanger. Im Jahre 1923 kam es zwischen England, Frankreich und Spa-nien zu einer Vereinbarung über die Verwaltung in der Tan-

gerzone, die in dem sogenannten Tangerstatut niedergelegt ist und durch die die gesetzgebende und die ausübende Gewalt unter der Oberhoheit des Sultans von Marokko steht, die jedoch nur nominell ist, in Wirklichkeit aber einer Körperschaft übertragen wird, welche sich aus französischen, spanischen, englischen, italie-nischen sowie Vertretern einiger anderer Staaten zusammen-setzt. Die Beschlüsse dieser Körperschaft sind der Kontrolle eines Komitees unterworfen, das sich aus den Konsuln der Unter-zeichnermächte des Vertrages von Algeiras zusammensetzt. In den weiteren Bestimmungen des Statuts ist sowohl die Frage der Sicherheit der neutralen Zone als auch die Frage der Ueber-wachung des Waffenhandels, der für Tanger von besonders ak-tueller Bedeutung ist, geregelt. Ueber diese letzte Bestimmung des Tangerstatuts ist es nun in der letzten Zeit vielfach zu Mei-nungsverständnissen insbesondere zwischen Spanien und den anderen Vertragskontrahenten gekommen. Diese Frage geht zurück bis in die Zeiten des französisch-spanischen Marokkokrieges. Damals hat Spanien, dessen Zone in Marokko nördlich liegt und unmittelbar an Tanger grenzt, unter dem Waffens-muggel, der von den Bewohnern der interalliierten Zone zu Gunsten Abd el Krims betrieben wurde, stark zu leiden gehabt. Schon damals ist von spanischer Seite des öfteren darauf hin-gewiesen worden, daß die neutralisierte Tangerzone, die von allen Seiten vom spanischen Marokkoge-biet umgrenzt ist, von Spanien wie ein Fremdkörper im eigenen Fleische empfunden wird. Tatsächlich hat Spanien auch nachweisen können, daß ein gut Teil des hartnäckigen Widerstandes, der von Abd el Krim geleistet worden ist, darauf zurückzuführen war, daß er in aus-giebigem Maße über die Tangergrenze mit Waffen und Munition versorgt worden ist. Spanien fordert daher die gänzliche Einverleibung Tangers in die spanische Marokkzone. Hierbei sind ihm die angeführten Gründe natürlich nicht allein maß-gebend, vielmehr führt Spanien auch noch verwaltungstechnische sowohl als auch politische Gründe an. Das ist aber gerade der wunde Punkt, der in den Kabinetten der anderen Signatäre des Tangerabkommens die größten Bedenken erregt. Tanger gegenüber befindet sich Gibraltar, von dem aus England die Einfahrt in das Mittelmeer beherrscht. Ein spanischer Stütz-punkt in so unmittelbarer Nähe dieser englischen Festung kann London natürlich nicht hinnehmen, abgesehen von den Prestige-gründen, die es England angezeigt erscheinen lassen, an der Verwaltung dieses wichtigen Punktes beteiligt zu sein. Den gleichen Standpunkt wie England vertritt auch Frankreich. Obwohl Paris keine derartigen Interessen in Tanger hat, scheint es, daß zwischen Frankreich und England über ihre Haltung be-reits von vornherein eine Einigkeit erzielt worden ist dahin, daß Spanien wohl Zugeständnisse auf verwaltungstechnischem Wege gemacht werden, daß Spaniens Forderung auf Annetion aber rundweg abgelehnt werden soll. Unterstützt wird Spanien durch Mussolini, der in der Stärkung des spanischen Einflusses eine Schwächung Englands im Mittelmeer sieht, die ihm nur wünschenswert erscheint. Interessant ist, daß man sich um die Forderungen, die auch Deutschland in dieser Frage anzumelden hat, absolut nicht zu kümmern scheint.

Zu den Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den west-europäischen Staaten ist in der letzten Zeit eine beträchtliche Spannung eingetreten, die in mehrfacher Beziehung außerordent-lich bedeutungsvoll sein kann. Abgesehen von Deutschland, dessen Beziehungen zu der Sowjetunion durch den Berliner Ver-trag geregelt und als normal zu bezeichnen sind, befinden sich die übrigen westeuropäischen Großmächte, Frankreich und Eng-land, wie es scheint, in einem Stadium der Umorientierung ihrer Politik gegenüber dem bolschewistischen Staat. Das Ver-hältnis Englands zu Sowjetrußland ist nach dem Sturz der Arbeiterregierung Macdonalds nicht recht vom Flecke gekommen. Die neue konservative Regierung hatte da-mals zwar erklärt, daß sie nicht gesonnen sei, etwas zu unter-nehmen, was zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland beitragen könnte, sie hat allerdings aber auch davon abgesehen, die de jure-Anerkennung Rußlands auszusprechen und lediglich durch die Entsendung eines Geschäftsträgers und Handelsbevollmächtigten zum Ausdruck gebracht, daß die Han-delsbeziehungen auch weiter aufrecht erhalten werden sollen. Moskau hat aber trotz seiner traditionell gewordenen antieng-lischen Politik im stillen gehofft, daß England mit der Zeit auch die offizielle Anerkennung aussprechen werde. Die Zeit hat aber

in dieser Hinsicht gegen Moskau gearbeitet. Die bolschewistische propagandistische Aktivität in China, die Moskauer Unter-stützung für die streikenden englischen Bergarbeiter und schließ-lich die ganze Tendenz der Moskauer Politik hat in England die Stimmung ungeheuer gegen eine Annäherung an Moskau er-höhht. Es hat sich hier wieder einmal erwiesen, daß England und Rußland die beiden großen Gegenpole in der Weltpolitik sind, deren unzählige Interessengegenätze einer Verständigung entgegenstehen. Am deutlichsten sieht man dies an China, wo Rußland alles tut, um die nationalistische Kantoner Bewegung gegen England zu unterstützen, während selbst leitende englische Staatsmänner sich in offiziellen Erklärungen nicht scheuen, einen großen Teil des englischen Mißerfolges in China auf das ruß-liche Konto zu setzen. Jetzt fordert ein großer Teil der eng-lischen Öffentlichkeit den Abbruch jeglicher Beziehungen zu Rußland. Es ist aber zu berücksichtigen, daß diese Forderung aus denjenigen Kreisen kommt, die sich von rein platonischen und Prestigerückichten leiten lassen, während die City ihren Einfluß auf die Regierung gerade in der entgegengesetzten Rich-tung geltend macht. Hier sind die Ziffern des englisch-russischen Handels noch maßgebend, und solange diese die beträchtliche Höhe von 170 Millionen Pfund im Jahr erreichen, werden wohl kaum irgendwelche sonstige Rücksichten den englischen Geschäfts-mann zu einem Abbruch der Beziehungen zu Rußland bewegen. Immerhin bedeutet die verhärtete Stimmung ein Moment der Gefahr, das nicht unterschätzt werden darf. — Kompliziert ha-ben sich auch die französisch-russischen Beziehungen. Der französische Rentner, der in der Vorkriegszeit sein Geld in russischen Staatspapieren angelegt hat, sieht sich nun infolge der Nichtanerkennung der Vorkriegsschulden durch Rußland seiner Ersparnisse beraubt. Andererseits hat die An-erkennung der Annetion Bessarabiens durch Rumänien, die Paris ausgesprochen hat, in Moskau böses Blut gemacht. Die Verhandlungen kommen deshalb nicht vom Fleck, und ob unter diesen Umständen der Weg von Moskau nach Europa auch weiter über Paris führen wird, wie dies Rykow einmal sagte, kann dahingestellt bleiben.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Unterredung mit Reichsverkehrsminister Koch. Der Vertreter einer Berliner Zeitung hatte eine Unterredung mit Reichsverkehrsminister Koch, in der dieser über den Ausbau des deutschen Landstraßennetzes sagte, daß keine zentralistischen Autobahnstraßen, sondern eine mehr automobilfähige Ausgestal-tung des gesamten Landstraßennetzes nottue. Ueber den Flug-zeugverkehr sagte Dr. Koch, daß man endlich mit dem falschen Ehrgeiz der deutschen Städte „eigener Flughafen im Hause“ brechen müsse, da durch zahlreiche Zwischenlandungen der Wert des Flugzeugs als schnellstes Verkehrsmittel erheblich vermindert werde. Im durchgehenden Fernverkehr lägen die großen Zu-kunftsansichten des Flugzeugs. Für die Kanalbauten könne der Arbeitsbeschaffungsgedanke allein kaum maßgebend sein, da bei dem Stand der heutigen Technik der Arbeiterbedarf für Kanalbauten nicht so groß sei, wie vielfach angenommen werde.

Die neue Fernsprechornung. Der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost beschäftigte sich mit der neuen Fernspre-chornung, nach der der Ortsgespräche einheitlich auf 10 J. herabgesetzt wird. Für die Fernsprechteilnehmer wird die Grund-gebühr zwischen 3 und 8 M. liegen. Mindestens hat jeder Teil-nehmer 20-40 M. Ortsgespräche zu bezahlen. Auch in den Ferngesprächen tritt eine Gebührenherabsetzung ein.

Die Erwerbslosenzahl im Reich. Die Zahl der Hauptunter-stützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge in der zweiten Januarhälfte zeigt im Gesamtergebnis einen Rückgang um rund 12 000 gleich 0,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Haupt-unterstützungsempfänger ist zwar von 1 555 000 auf 1 558 000 gestiegen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger dagegen von 283 000 auf 268 000 zurückgegangen; die Gesamt-zahl hat sich von 1 838 000 auf 1 826 000 verringert. Die Zahl

Rose Ferrons erste Liebe und Ehe

Familienroman von Liesbet Dill.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle a. d. S.

Damit war der Anfang gemacht, und es gab nun kein Zurück mehr. Wälle und Feste folgten, und der Winter verging Rose wie ein wundervoller, von festlichen, bunten, berausenden Bildern erfüllter Traum.

Im Juni veranstalteten Lorchins auf ihrem Landsitz ein Gartenfest im Stil Napoleons des Ersten. Es war ein wahres Völkerverfest, zu dem alle Waffengattungen der Garnison und des Umkreises geladen waren. Rose trug ein altes Empirekleid einer Ahne. Sie sah faszinierend aus mit ihrer weichen, biegsamen Taille, dem weiten Aus-schnitt, der die feinen Schultern, den weißen Hals und die reizend modellierten Arme mit der Freiheit, welche die damalige Hofmode vorschrieb, sehen ließ.

Die Herren umgaben sie wie eine Mauer. Sie tanzte unermüdblich. Lorchin wich nicht mehr von ihrer Seite. Er sah statlich und schön aus als Bonaparte, in seiner Knappen, dunkelblauen, mit Orden besäten Uniform, und seine Augen leuchteten, als er an Roses Hand durch den Saal schritt, die Polonäse anführend. „Welch wunder-schönes Paar!“ sagten sie hinter ihnen her.

Frau Lorchin, die mit Frau Ada vom Spiegelzimmer aus den Tanzenden zuschaute, ließ ihre Borgnette nicht von den Augen. „Ja, Ada, Rose wird heute abend noch ein paar Herzen brechen!“

„Wer ist denn der große Mann dort, der eben auf Rose zusteuert?“ fragte Frau von Lorchin plötzlich. „Ist das nicht Malkhan?“

Natürlich, er war es. Er war von St. Avold herüber-gekommen. Jetzt stand er vor Rose und machte ihr den Hof in seiner lässigen, molanten Art, halb Jugendfreund, halb überlegener, durchgestiebter Weltmann, als den er sich gerne gab.

Malkhan befreite Rose von einem Schwarm von blau-befrackten Dragonern, die sämtlich behaupteten, Rose für den nächsten Tanz engagiert zu haben. „Ich tanze lieber nicht“, sagte Malkhan. „Ich habe Trauer, aber ich muß Ihnen eine wichtige Mitteilung machen.“ Damit führte er sie zu einer roten Samtbank, die versteckt zwischen zwei Säulen und einer Palmengruppe stand.

„Und welches war die große Neuigkeit, die Sie mir mitzuteilen versprochen?“

„Sie werden morgen zwischen zwölf und eins einen Antrag erhalten.“

„Woher wissen Sie das so bestimmt?“

„Ich weiß alles. Haben Sie sich schon überlegt, was Sie antworten werden?“

„Das brauche ich mir nicht zu überlegen“, sagte Rose.

„Was haben Sie an ihm auszusetzen?“ fuhr Malkhan fort. „Lorchin ist ein schöner, junger Mann, etwas torpu-lent, läßt sich aber mit Trainage beseitigen. Außerdem haben Sie es in der Hand, ihm die Ehe so abwechslungs-reich zu gestalten, daß er von den Aufregungen allein schon abgemagert und so schlank wird, sagen wir, wie ich...“

„Nun, Sie sind wirklich auch in dieser Beziehung kein nachahmungswürdiges Beispiel“, sagte Rose. „Sie sind furchtbar dick geworden.“

„Ich werde immer dick, wenn ich mich langweile, und alle lothringischen Garnisonen langweilen mich. Nun, dann sagen wir also, so schlank wie Jobst. Aber nun wer-den Sie ja rot.“

Rose klappte den Fächer zu. „Ich will mich gar nicht verheiraten“, sagte sie, „und am wenigsten mit Herrn von Lorchin.“

„Oh, meine hochzuberehende Freundin, was haben Sie auf einmal gegen ihn? Er ist ein Kavaller. Bedenken Sie, wie wenig Männer es gibt, die zuerst an ihre Frau und dann an sich denken. Ich bin in erster Linie Egoist, verlange blinde Unterwürfigkeit, bin für weibliche Sklaverei und würde mir Eunuchen zur Bewachung halten, ich bin ein halber Türke. — Und was heißt das: Nicht heiraten? Sie wollen wahrscheinlich warten, bis Sie den-jenigen finden, den Sie zu lieben glauben? Ehe ist doch Sache blinder Unvernunft. Wenn man einmal vernünftig geworden ist, tut man's nicht mehr.“

Er puhte sein Einglas sorgfältig. — „Also morgen mittag zwischen zwölf und eins, sagen Sie ruhig ja, Sie können auch sagen ja wohl, wie mein Onkel im Eifer vorm Altar, vorausgesetzt, daß...“

„Ich will nichts mehr hören, und ich kann Sie gar nicht mehr leiden. Ich hasse Sie...“

„Das freut mich“, sagte Malkhan, „denn der Haß ist noch lange nicht das Schlimmste, das Schlimmste ist die Gleichgültigkeit, Rose.“

„Bitte, nennen Sie mich wenigstens nicht beim Vor-namen!“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. Februar 1927.

Dienstnachricht.

Hauptlehrer Walter in Martinsmoos ist eine Lehrstelle in Mönchingen, O. Leonberg, übertragen worden.

Vortrag im Georgenäum.

Am Freitag sprach Stadtpfarrer Lang im Rahmen der Georgenäumsvorträge über die inneren Kräfte im Werk der schwäbischen Dichterin Auguste Supper. Die bekannte, heute in Ludwigsburg lebende Schriftstellerin beging kürzlich ihren 60. Geburtstag, aus welchem Anlaß seinerzeit an dieser Stelle bereits einiges über Bedeutung und Lebenslauf der mit unserer Stadt eng verbundenen gefagt wurde. Stadtpfarrer Lang entwarf in feinsinniger Weise ein Lebensbild der Künstlerin, welche Kindheit und Jugend in Calw verbrachte und wies tiefgründend die geistigen und seelischen Kräfte ihres künstlerischen Schaffens an Hand ihrer Werke auf. Das Verwurzelte in der Heimat, der weite, wahrhaftige Blick für die Menschheit, das Verbundene mit Gott und das Hinausgreifen in das Heimatreich bezeichnete er als die inneren Kräfte, die dem Werk Auguste Suppers Grundlage und Auftrieb geben. Ihre innere Welt tief sie zu klarer Gestaltung, zu harter, wahrhaftiger Arbeit. In ihren Büchern leben Abbild und Klang der Heimat, und diese Liebe zur Scholle ist eine sittliche Kraft in ihr. Beispiele aus den „Lehrjahren“, dem „Hölzernen Schifflein“, „Muscheln“, „Dahinten bei uns“ und dem aus dem Erlebnis des Krieges geschaffenen „Glockenspiel“, welches eine verklärende Ueberhöhung der Heimatliebe darstellt, sprachen dafür. Die wahrhaftige Zeichnung ihrer Menschengestalten, vor allem der Einfachen mit reicher Innenwelt bildet eine der stärksten Fähigkeiten der Schriftstellerin; meisterlich weiß sie die Spannung dieser Charaktere zur kompromißlosen Außenwelt zu zeichnen. Trotz aller Realität des Geschehens spielen unsichtbare Fäden zwischen Mensch und Außenwelt und so verbindet sich ihre hervorragende Lebenskunst, hinter die Dinge leuchtend, mit einem erdfernen, zu der Quelle vorgedungenem Blick. Die Ausfaltung des Unbewußten und die Gestaltung des Diktums vertritt ein tiefes Wissen, über dem eine Sonne hoher Religiosität leuchtet. Groß ist in ihrem Werk die Ehrfurcht vor dem Göttlichen, wunderbar die Vergeistigung ihres Gottesbegriffs. Ihre bejahenden Weltanschauungskräfte wenden sich tiefgegründet gegen jede starre Glaubensforderung, lebendig gestaltet steht so die Gottesfrage im Mittelpunkt ihres Wertes, seine Größe bildend. Ein tiefes Ringen um die Wahrheit bewegt die Schriftstellerin, wenn sie das Rätsel des Todes zeichnet, denn in ihr ist die reale Gewißheit von der jenseitigen Welt. Eine Parallele läßt sich hier ziehen zum Werk der Schriftstellerin Anna Schieber. Beide Frauen greifen hinaus in das Heimatreich, in Bereitschaft zur Läuterung in Erkenntnis der freien Wiederkehr zur Wandlung. Solche innerlich gefestigte Menschen tragen das Glück in sich; wir brauchen es der Jubilantin nicht mehr zu wünschen. Wir können nur uns wünschen, noch manches Stück ihrer großen Konfession zu erhalten und mit ihrem Geist verbunden zu bleiben. — Dankbarer Beifall sollte dem Vortragenden Anerkennung für die wohlüberdachte und klar gestaltete Behandlung des interessanten Themas.

Verammlung der Sozialdem. Partei Ortsgruppe Calw.

Am Samstag fand im Saal der Dreißigen Brauerei eine öffentliche Verammlung der Sozialdemokratischen Partei Ortsgruppe Calw statt, in der Oberstabssekretär Hirn-Stuttgart über das Thema: Der Kampf um die politische Macht im Staat sprach. Nach Eröffnung der schwach besuchten Verammlung durch Lagerarbeiter Störz nahm der Vortragende zunächst das Wort zu Ausführungen über die letzte Regierungsbildung und ihre Vorgeschichte. Er erklärte das Zustandekommen der stillen Koalition im vergangenen Kabinett Marx und die Berechtigung des Austritts der Sozialdemokratie aus derselben nach dem gegen die Koalition gerichteten Verhalten der Deutschen Volkspartei. Sodann ging er auf den Regierungsturz und die Verhandlungen zur Regierungsbildung, die vergeblichen Versuche zur Bildung der großen Koalition und die Annäherung des Zentrums an die Deutschnationalen ein, die auf Grund der Zentrumskandidaturen nach Hindenburgs Bemühungen das neue Kabinett zur Folge hatte. Der Redner wendete sich scharf gegen das Drängen der Deutschnationalen zur Regierung und die von ihnen gestellten Minister, deren Vergangenheit keinen Schutz der Republik gewährte. Durch sie werde die deutsche Verfassung und Völkerverbindungen gefährdet, denn es stehe nicht zu erwarten, daß in der bisher von ihnen geführten Revanchepolitik nun eine Aenderung eintreten werde. Auf außen- und innenpolitischem Gebiet hätten die Deutschnationalen ihre langjährigen Grundzüge durch den Regierungseintritt verweigert; es erweise unwahrscheinlich, daß die von ihnen kundgetane Sinnesänderung echt sei. Für das werktätige Volk ergäben sich hieraus auf wirtschaftspolitischem und sozialpolitischem Gebiet ernste Gefahren. Das von kapitalistischen Interessen diktierte, kurzfristige Programm von der Ankurbelung der Wirtschaft beruhe auf einer Senkung der Löhne und Preise, Nichtanerkennung des Achtstundentages und Abbau der sozialen Gesetzgebung. Die Volkswirtschaft werde durch eine solche Herabdrückung der Kaufkraft der breiten Massen in katastrophaler Weise geschädigt werden und die Verelendung, die heute schon groß genug sei, werde ins Unabsehbare steigen. Weitere schwere Gefahren drohten dem Volke von dem neuen Finanzausgleich. Das für die Gemeinden geplante Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer werde eine neue ungeheure Belastung der Arbeiterschichten, aber eine Entlastung des Kapitalismus bringen. Der Grundgedanke des Finanzausgleiches gehe überhaupt daraufhin, den Kapitalismus zu entlasten, Beispiele seien die geplante Aufhebung der Steuerbefreiung für Kontrolle des Vermögenswachstums, der Fortfall der Reichssteuer (Gebäudeversicherungsgesetz) u. a. Auf kulturpolitischem Gebiet habe das nachteilige Schmutz- und Schmutzgesetz bereits den Anfang gemacht, ein Reichsschulgesetz und endlich das verdrängte Reichskontorbat ständen in naher Aussicht. Auch auf dem Gebiet der Reichswehr und der Justiz lauerten große Gefahren für Volk und Republik. Die Sozialdemokratie habe eine Riesenarbeit durch allgütigen Anstand und Vertrauensfestigkeit seit dem Jahre 1919 auf sich geladen, sie habe nicht nach großen Gesichtspunkten gehandelt und das Wesentliche herausgestellt, sondern sich in Nebenächlichkeiten verannt. Es gelte Versäumtes nachzuholen und klare Konsequenzen zu ziehen. Eine klare Einsicht tue heute not. Die Opfer des Währungsverfalls, die Kleinlandwirtschaft, das Kleinhand-

werk und die Geistesarbeiter, müsse die SPD, als Partei der Gerechtigen, nicht nur als Partei der Arbeiterkassen, die sie schon lange nicht mehr sei, sammeln. Sie als Mitkämpferin der deutschen Republik und stärkste Vertreterin des Volkswillens müsse nunmehr in schärfster Opposition und sachlicher Weise den Kampf aufnehmen. Das Volk aber möge sich daran erinnern, daß es sich so bettet wie es liegen wird.

Generalversammlung des Radfahrer-Vereins Calw.

Am Samstag, den 5. Februar 1927 hielt der Radfahrer-Verein Calw im Weißschen Saale seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 8.45 Uhr mit dem Sportgruß „All Heil“ und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Nach Verlesung des Protokolls durch den Schriftführer gab Kassier Ullmschneider den Kassensbericht bekannt, welcher sehr trübe aussah. Hiernach wurde von Fahrwart Dittus der Fahrbericht erstattet. Da von der Versammlung keinerlei Einspruch erhoben wurde, wurde sämtlichen geschäftsführenden Mitgliedern Entlastung erteilt. Hiernach wurde zur Neuwahl geschritten. Vorstand, Schriftführer und Kassier wurden per Akklamation einstimmig wiedergewählt. In den Ausschuss auf zwei Jahre mittels Stimmzettel wurden gewählt: Stähle mit 20, Fr. Dypolt 17, Fr. Geiger 16 und Holzäpfel mit 14 Stimmen. Sämtliche Neugewählten nahmen die Wahl an. Als Kassenschiedsrichter wurden bestimmt: 1. Vizevorstand Widmaier und Mitglied Kopp. Neugewonnen in den Verein wurde Kamerad Alfred Schäberle. Bei Punkt Verschiedenes entstand eine lebhafte Debatte, welche das Ergebnis zeitigte, 6 neue Sarmaschinen anzuschaffen, so daß die jüngere Generation dem Sport mehr Interesse entgegenbringen kann und auch der Radfahrer-Verein Calw selbst der Einwohnerschaft von hier gegenüber imstande ist, etwas bieten zu können. Es wurde bedauert, daß das Interesse so vieler Mitglieder an den Versammlungen geschwunden sei und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die nächste Monatsversammlung besetzt sein werde. Zum Schluß appellierte der Vorsitzende nochmals zu festem Zusammenhalt und wünschte dem Verein auch fernere Wachsen, Blüten und Gebeten. H.

Geflügelausstellung in Aiblingen.

Der Geflügel- und Kaninchen-Zuchtverein Aiblingen wagte es, trotz seines erst zehnjährigen Bestehens und seiner geringen Mitgliederzahl, unter der vorzüglichen Leitung des 1. Vorsitzenden Gotthilf Weindrenner mit einer Geflügelausstellung an die Öffentlichkeit zu treten. Solche wurde am Sonntag, den 6. Februar, im Hirschaal in Aiblingen abgehalten. Die Ausstellung trug den Charakter einer Werbeschau. Sie erbrachte den Beweis, was unter einer bewährten Vereinsleitung durch Ausdauer in regem Züchterfleiß auch in den kleinsten Vereinen geleistet werden kann. Die Ausstellung machte, was ihre Aufmachung anbelangte, einen angenehmen Eindruck. Die Käfige waren den Verhältnissen entsprechend aufgestellt. Auch dem Dekorativem wurde sein Teil, in ganz gefälliger Weise. Das ausgestellte Tiermaterial, lauter für unsere Gegend geeignete Rassen, fand nicht nur bei den mit den Rassenmerkmalen der einzelnen Tiere weniger vertrauten Ausstellungsbesuchern Anklang, sondern auch aus dem Munde alter, erfahrener Züchter konnte man Worte der Befriedigung hören. Der Besuch der Ausstellung übertraf alle Erwartungen, und wenn solche ihren Zweck, der Geflügelzucht weitere Freunde und Gönner zuzuführen, erfüllt hat, so wird der kleine, strebsame Geflügel-Zuchtverein Aiblingen mit Zufriedenheit auf sie zurückblicken, trotz aller Mühen und Kosten. Die Bewertung der ausgestellten Tiere erfolgte in einer Qualitätsbewertung durch Preisrichter Grözingen-Stuttgart. An Preisen konnten vergeben werden: 13 erste, 13 zweite und 6 dritte Preise. Der Gemeindeverwaltung Aiblingen gebührt Dank für das Entgegenkommen, welches der Verein ihrerseits erfahren durfte.

Ist Deutschland groß genug?

ep. Nach einer Berechnung des preussischen Wohlfahrtsministers ist die vielgehornte Frage, ob genügend Land zu weiterentwickelter Siedlung — statt der Zusammenpferdung der großstädtischen Massen, insbesondere der jetzt Wohnungslosen in Mietskasernen — in Deutschland vorhanden ist, zu bejahen. Um die Hälfte der deutschen Bevölkerung, 30 Millionen, in Familien zu fünf Köpfen berechnet, in Häusern mit 200 Quadratmeter Garten unterzubringen, sind 1,2 Millionen Quadratkilometer Land erforderlich; dies macht nur den zehnten Teil des Landes aus, das Deutschland besitzt. Der Gesamtumfang des Deutschen Reiches — ohne das Saargebiet — beträgt nicht ganz 469 Millionen Quadratkilometer.

Die Jahresarbeit des Roten Kreuzes.

Das Deutsche Rote Kreuz legt seinen neuen Jahresbericht vor. In dem neuen Jahresbericht reden die Zahlen eine nicht zu überhörende Sprache. Auf 7200 Zweigvereinen in allen Teilen des Reiches erhebt sich der Bau des Deutschen Roten Kreuzes — 1 125 000 Mitglieder gehören insgesamt diesen Vereinen an. Auf 1000 Einwohner kommen mithin in Deutschland 18, die Mitglieder des Roten Kreuzes sind. Jedem Deutschen ohne Unterschied des Standes, des Bekennnisses und der Partei ist der Eintritt in die Hilfsorganisation des Roten Kreuzes unbenommen. Nach dem neuen Jahresbericht unterhält das Deutsche Rote Kreuz 304 Anstalten mit 16 000 Krankenbetten und 3 563 Pflegekräften. Es unterhält ferner 556 Krippen, Kindergärten, Orte usw. mit 26 826 Plätzen und 1112 Pflegekräften. Die Zahl der Rotkreuzschwestern beträgt 7211. In 2167 Sanitätskolonnen vereinigen sich rund 84 000 Sanitätsmänner; sie und ihre Einrichtungen sind im Berichtsjahre 448 824 mal in Anspruch genommen worden. Das Eisenbahnunglück bei Leiseder und die Typhusepidemie in Hannover zeigen, welche Aufgaben hier zu bewältigen gewesen sind. Hilfe in jeglicher Not: Krankenpflege, Jugendwohlfahrtspflege, Adoptionsvermittlung, Studentenhilfe, Rentnerhilfe, Gesundheitsfürsorge, Erste Hilfe bildeten die Jahresarbeit

des Deutschen Roten Kreuzes. Da Millionen Hände sich für sie regen, wird der Segen für unsere Volkswohlfahrt groß gewesen sein, wenn auch die nüchternen Sachlichkeit nicht davon spricht.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck im Osten besteht fort. Für Dienstag und Mittwoch ist trockenes und vorwiegend heiteres Wetter zu erwarten.

*

SCB Neuenbürg, 13. Febr. Das von Franz Wagner, Goldwarenfabrikant in Pforzheim, bei der Zwangsversteigerung um 27 000 M käuflich erworbene schöne große Anwesen mit Gemüseland und Obstgärten des Kaufmanns Wilhelm Wadenhut ging um 37 000 M in den Besitz der Stadtgemeinde Neuenbürg über. Das Anwesen wurde nach der amtlichen Friedensschätzung von 1914 mit 60 000 M und nach der amtlichen Schätzung von 1925 mit 45 000 M bewertet.

SCB Wiltbad, 13. Febr. Nach aus Amerika vorliegenden Nachrichten dürfte sich die sehr ins Geld laufende Amerika-reklame unserer Badestadt in nächster Saison besser als jeither bezahlt machen, da Wiltbad in das Programm der amerikanischen Reisevereinigungen aufgenommen wurde.

SCB Forb a. N., 12. Febr. Gestern früh drohte in einer Kammer im Krankenhaus ein Brand auszubrechen. Zwei Schwestern wurden jedoch rechtzeitig des Feuers gewahrt, das dann mit Hilfe eines Feuerlöschapparates sofort gelöscht werden konnte ohne daß es richtig zum Ausbruch gekommen war.

SCB Tübingen, 13. Febr. Auf der Straße Vichtenberger-Höhe-Burgholz ereigneten sich verschiedene Modelunfälle, wovon einer ernsterer Natur ist. Die 10jährige Schülerin der Mädchenrealschule, Ruth Birkle, Tochter des Rechnungsrates Birkle, fuhr auf ein oberhalb der Vierniederlage Wulle befindliches Eisengitter, das eine Dohle abschleift, mit voller Wucht auf. Dem Kind wurde der rechte Unterarm abgeschleift, so daß der Knochen völlig bloß lag. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte es sofort in die Chir. Klinik übergeführt werden.

SCB Maulbronn, 13. Febr. In schwerster Not befindet sich die Familie Heinrich Werner um ihren einzigen Sohn Erwin. Der 24jährige Sohn war seit 4 Jahren, zuletzt als führender Ortsverwalter, auf einem größeren Rittergut bei Rölln a. Rh. in Stellung. Am 4. Dezember vorigen Jahres trat er einen mehrwöchigen Urlaub in die Heimat an. Er verabschiedete sich in Rölln von einem Freunde mit dem Bemerkten, noch ein Bad nehmen, Einkäufe machen und dann nach Maulbronn fahren zu wollen. Seither ist er spurlos verschwunden. Alle polizeilichen Nachforschungen blieben bis jetzt ergebnislos. Sein Arbeitsfeld hat er in vollster Ordnung hinterlassen. Nichts deutete darauf hin, daß der junge Mann nicht mehr zurückkehren werde. Der Besitzer des Gutes stellt ihm das allerbeste Zeugnis aus. Man steht vor einem Rätsel.

SCB Ulm, 13. Jan. Ein alter Brauch der Vorkriegszeit soll nun wieder zur Einführung kommen. Die Ulmer militärischen Vereine haben sich gemeinschaftlich eine sogen. „Schallkanone“ beschafft, und von jetzt ab wird verstorbenen Kameraden bei Beerdigungen als letzte Ehrung übers Grab geschossen werden.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefstuf.

100 holl. Gulden	169,12
100 franz. Franken	16,59
100 schweiz. Franken	81,27

Börsenbericht.

An der Börse herrschte am Samstag große Geschäftsstille und ergab erneut Kursrückgänge.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

L. C. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 12. Febr. Geläpfel 30—40; Tafeläpfel 15—30; Tafelbirnen 18 bis 25; Kartoffeln 6—7; Endivienalat 10—20; Wirsing 6—9; Silberkraut 5—6; Weißkraut rund 5—6; Rotkraut 6—8; Blumenkohl 30—100; Rosenkohl 10—20; dto. 0,500 kg. 25—30; Grünkohl 8—10; rote Rüben 5—8; dto. gelbe 5—8; Zwiebel 7—9; Rettiche 3—8; Sellerie 10—30; Schwarzwurzel 30 bis 35; Spinat 35—45; weiße Rüben 4—5.

Bliehpreise.

Maubereun: Dänen 490, Kühe 240—450, Farren 162 bis 353, Jungvinder 185—700, Kälber 120—130 M. — Dinkelsbühl: Dänen 600—725, Stiere 300—500, Kühe 250—650, Jungvieh 140—300 M. — Hechingen: ¼—½jährige Kinder 130—180, ½—1jährig 180—250, trüchtige Kalbinnen und Kühe 450—650, Wurfskühe 150—300 M. — Tübingen: Kühe 400—650, Kalbinnen und Kinder 400—750, Jungvieh 200 bis 350, Kälber 100—200 M. — Waiblingen: Dänen 500—700, Stiere 400—500, Kühe 300—700, Kälber 500—750, Jungvinder ¼—1jährig 200—300, ältere 300—350 M. das Stück.

Schweinepreise.

Bernhausen a. B.: Läufer 60—110, Milchschweine 25—35 Mark. — Geringlingen: Milchschweine 17—34 M. — Maulfelsen: Milchschweine 17—34 M. — Gaildorf: Milchschweine 24—28 Mark. — Mengen: Milchschweine 25—32 M. — Spaichingen: Milchschweine 20—25 M. — Weilerstadt: Milchschweine 18 bis 27 M. das Stück.

Bühlertann: Milchschweine 27—40 M. — Ellwangen: Milchschweine 20—30, Läufer 50—60 M. — Hechingen: Milchschweine 25—35 M. — Nierderstetten: Milchschweine 25—30 M. das Stück.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verzehrkosten in Zuschlag kommen. D. Schröter.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Zwerenberg.



**Nadelstamm-
holzverkauf.**

Die Gemeinde verkauft im schriftlichen Aufstreich am
Freitag, den 18. Febr., nachm. 4 Uhr auf dem Rathaus

Forchen:

9 Fm I., 30 II., 15 III., 4 IV., 1 V. Kl.

Lannen:

5 Fm I., 13 II., 14 III., 2 IV., 1 V. Kl.

Davon 88 Fm in der Miß 11 im Schillberg.

Zusage wird vorbehalten.

Gemeinderat.

Herren Konfektion

kauft Anzüge in neuesten Mustern und Formen
Mk. 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰ 43⁰⁰ 50⁰⁰ 55⁰⁰ 60⁰⁰ bis Mk. 125⁰⁰

man Mäntel in vielen Formen und Mustern für jede Jahreszeit Mk. 27⁰⁰ 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰
50⁰⁰ 60⁰⁰ bis Mk. 140⁰⁰
Lodenmäntel von Mk. 20⁰⁰ bis Mk. 50⁰⁰
Pelerinen Mk. 15⁰⁰ bis Mk. 35⁰⁰ — Gummi-Mäntel von Mk. 16⁰⁰ bis Mk. 60⁰⁰
Windjacken Mk. 10⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

bei Hofen Zeughosen Mk. 4⁵⁰ bis Mk. 9⁰⁰ — Samtkordhosen Mk. 9⁰⁰ 11⁰⁰ 14⁰⁰
Lederhosen Mk. 5⁰⁰ bis Mk. 13⁰⁰ — Halbwollene Hofen Mk. 8⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

Paul Räuichle, am Markt, Calw

Freie Besichtigung ohne Kaufzwang!

Oberkollwangen, 13. Febr. 1927.

Todesanzeige.

+

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwager

Friedrich Sörger

Oberlehrer

ist heute Mittag um 1 Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen.

In tiefer Trauer:

Maria Sörger, geb. Knölller,
mit Kindern **Friedrich** und **Maria**,
die Schwägerin: **Luise**.

Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr
in Oberkollwangen.

Altburg, den 14. Februar 1927.

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere treubeforgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Eva Maria Kugele

geb. Schaidle

nach langem Leiden im Alter von beinahe 37 Jahren sanft verschieden ist.

Der trauernde Gatte:

Karl Kugele mit seinen Kindern.

Beerdigung Dienstag Mittag 2 Uhr.

Kohlerstal, 14. Februar 1927.

Todesanzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe unvergeßliche Gattin, unsere herzengute, treubeforgte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Elise Mayer **+**

geb. Paule

im Alter von 37 Jahren unerwartet rasch von uns gegangen ist.

In tiefem Schmerz:

der Gatte: **Kaspar Mayer** mit seinen 4 Kindern
Anna Schmid, geb. Paule mit Gatten
Karl Paule, Friseur, in Wiltberg
mit Familie
Friedrich Paule, Schiffswirt in Kohlerstal
mit Familie
Paula Paule.

Die Beerdigung findet am Dienstag mit- tag 1½ Uhr in Altbulach statt.

Altburg, den 14. Februar 1927.

Dankagung.

+

Für die vielen Beweise herzlichster Teil- nahme, die uns beim Heimgang unserer lieben Mutter

Anna Maria Luz

zuteil wurden, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Moll, den erhebenden Ge- sang des Sängerkhoren, den letzten Liebes- dienst der Herren Ehrenträger, sowie für die vielen Kranzspenden und zahlreiche Be- gleitung zur letzten Ruhestätte sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Mienhardt,
Familie Fr. Kentschler,
Familie S. Frohmaner.

W. Forstamt Hiesau.

Beigeholz-Verkauf.

Am **Montag, den 21. Februar 1927, vor- mittags 9½ Uhr**, in **Ober- reichbach** im „Nisch“ aus Staatswald Wecken- hardt Abteil. 1 Furtwiese, 2 Habichtsfang, 4 Sieb- dichfür, 5 Herrschaftsbiegel, 8 Brudamisch, 10 Lachemisch, 17 Zellerholz, 19 Schwärz- misch, 23 Rotenbächle, 30 Ob. Höllgrund, 33 Blindberg- ebene, Km. Ei.: 2 Ausfch., Bi.: 5 Prgl., Nadelholz: 76 Roller, 2 m lg. in Rinde, 3 Schtr., 120 Prgl., 15 Klob- holz, 164 Ausfch. Losver- zeichnisse von der Forst- direktion G. f. S. Stuttgart.

W. Forstamt Calmbach.

Schichtberholz- Verkauf.

Am **Mittwoch, den 23. Fe- bruar 1927, vorm. 9 Uhr** in **Calmbach**, „Sonne“ aus Distr. Eiberg Abt. 2, 9, 20, 21, 25, 30, 31, 32, 44, 45, 46 und 55. Distr. Heimenhardt Abt. 2, 3, 10, 16 u. Scheidh. Distr. Kälbling Abt. 4, 5 u. Scheidh. im Rotbr.: 2 Spält., 95 Scheiter, 374 Klob. und 15 Anbr.; Wbu: 1 Koll; übr. Laubh.: 29 Anbr.; Nadelh.: 25 Prgl. und 533 Anbruch. Losverzeichn. durch die Forst- direktion G. f. S. Stuttgart.

Bajazzoautomaten

neueste Konstruktion (40. M) Schießautomaten u. andere liefert

Inhmann, Berlin 43
Bartholomäuskirche 1

**Fisch-
tran**

für Schweine billigt zu haben bei

R. Hauber.

Gruis'sches Augenwasser

seit anno 1785

bewährtes Hausmittel bei Bindehaut-Katarrh, schwürgen, verklebten Augenlidern, feuchten Augenentzündungen, tränenden, schwachen oder überanstrengten Augen (Brennen, Flimmern) usw. Zu haben in den Apotheken à M. 1.40 die Flasche.

Jac. Friedr. Gruis, Heilbronn a. Neckar

Älteres tüchtiges Mädchen

das selbständig kochen kann, wird in guten Villenhaustalt

nach Berlin gesucht.

Zweitmädchen vorhanden. Schriftliche Angebote an

Frau Dr. Liebnecht, zurzeit Hotel Post, Pforzheim.

Strümpfe

aller Art zum Anstricken sowie alle Strickarbeiten zur pünktlichen Ausführung werden angenommen bei

Geschwister Stanger

Obere Marktstraße 23

Salzniederlage

Bedeutende süddeutsche Spezialfirma vergibt an geeignete Bewerber mit Fuhrwerk u. Lager den Alleinverkauf ihrer Speise- und Gewerbebesalze für den Amtsbezirk

Calw

Es kommen indessen nur solche Persönlichkeiten zur Berücksichtigung, denen ein Kredit eingeräumt werden kann und die den Nachweis der Bonität erbringen. Personen, die mit Bäckereien, Metzgereien, Lebens- mittelgeschäften u. s. w. bereits Fühlung haben, werden bevorzugt. Angebote sind zu richten unter S. W. Nr. 36 an die Geschäftsst. bs. Bl.

W. O. B.

Ortsgruppe Calw

**Nächste Zusammen-
kunft (Vortragsabend)**

am Dienstag, den 15. ds. 8 Uhr im **Hotel Waldhorn.**

2 Schaufenster 2x1.30 m. Kolläden, 1 noch gut-erhaltener eis. Kochherd 1 ovaler Tisch, 13⁰ m Steinplatten, eine An- zahl Kisten

sind zu verkaufen

Leberstraße 162.

Sägmehl

kann abgeholt werden, so- lange Vorrat reicht.

Ludwig Säck

Sägewerk

Unterreichenbach.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden ist Dr. Erfle's echtes

Brennesselhaarwasser.

Neue Apotheke, Calw.

Wir haben uns entschlossen, unsere

Weisse Woche

bis einschl. Samstag, den 19. Februar, zu verlängern

und bieten während dieser Tage durch unsere überaus große Auswahl und enorm billigen Preise bei bekannt guten Qualitäten ganz außergewöhnliche Vorteile!

Benützen Sie in Ihrem eigenen Interesse diese günstige Kautgelegenheit!

Hermann Wronker

Aktiengesellschaft

PFORZHEIM